

Geschäftsbericht der Universität Bern

Autor(en): **Schäublin, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(2003)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418496>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1. Geschäftsbericht der Universität Bern

Rektor: Prof. Dr. Christoph Schäublin

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Im Rahmen der Strategischen Aufgabenüberprüfung hat die Universitätsleitung im Auftrag des Regierungsrats einen Bericht zu verschiedenen Sparszenarien erstellt. Sie weist darin nach, dass die Universität in den letzten 20 Jahren erheblich zur Sanierung der Staatsfinanzen beigetragen und trotz stark verminderter Mittel sehr viel mehr Studierende aufgenommen und zum Abschluss geführt hat. Die unvermindert steigenden Studierendenzahlen stellen die Universität vor grosse Herausforderungen. Im dritten Jahr nach dem doppelten Maturitätsjahrgang sind mit einer Zunahme von knapp 13% deutlich mehr Voranmeldungen eingegangen als je zuvor. Der Prozentsatz der Studierenden aus anderen Kantonen und aus dem Ausland hat sich auf ungefähr 45% erhöht. Unklar ist, wie die Universität den Zuwachs an Studierenden verkraften wird, wenn die Sondermittel zur Bewältigung des doppelten Maturitätsjahrgangs erschöpft sind. Für die Mehrjahresplanung der Universität wird mit einer zumindest ungekürzten Fortschreibung des Kantonsbeitrags und mit einer Erhöhung der Bundesmittel gerechnet. Die zusätzlichen Beiträge, die der Bund den Universitäten 2004 bis 2007 zur Verfügung stellen wird, will die Universität zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse und zur Umsetzung der Bologna-Deklaration einsetzen. Die Universität hat sich als Richttermin für die Betriebsaufnahme der neuen Studiengänge das Akademische Jahr 2005/2006 vorgenommen. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät und das Volkswirtschaftliche Departement stellen bereits zu Beginn des Wintersemesters 2003/2004 auf zweistufige Studiengänge um. Die Philosophisch-historische, die Philosophisch-naturwissenschaftliche sowie die Christkatholische und Evangelische Theologische Fakultät prüfen gegenwärtig unterschiedliche Modelle für die erste Stufe des Studiums. Auf der zweiten, der «Masterstufe», sollen den Studierenden zahlreiche Wege in Spezialisierungen eröffnet werden. Mit der Umsetzung der Bologna-Deklaration wird neben der Erneuerung der Lehre eine stärkere Profilbildung einhergehen. Im Hinblick auf die Weiterentwicklung, Neupositionierung und Profilierung bestimmter Disziplinen und in der Hoffnung, mit zusätzlichen Bundesmitteln die Studienbedingungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften zu verbessern, hat die Universitätsleitung vier besonders belastete Fächer bzw. Fachbereiche einer umfassenden Evaluation unterzogen: die Rechtswissenschaft, die Betriebswirtschaftslehre, die Medienwissenschaft und die Psychologie. Mit den Stellungnahmen der externen Experten liegen der Universitätsleitung ausgezeichnete Entscheidungshilfen vor. Nicht zuletzt diese externen Evaluationen haben erneut gezeigt, welche Bedeutung den Lehrevaluationen beizumessen ist. Auf Grund verschiedener Projekte hat die Universitätsleitung für die Evaluation von Lehrveranstaltungen Richtlinien beschlossen, die der Senat zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Der Senat hat einer Teilrevision der Universitätsverordnung zugestimmt, deren Ziel die Einführung der «Tenure-Track-Assistenzprofessur» ist. Diese soll es ermöglichen, höchstbegabte Nachwuchskräfte mit der Aussicht auf eine künftige Professur an die Universität Bern zu binden. Insbesondere angesichts des Generationenwechsels, der sich gegenwärtig weltweit auf der Ebene der Dozierenden abspielt und den Wettbewerb um die «besten Köpfe» verschärft hat, ist die Universität auf ein flexibles Mittel zur Rekrutierung neuer Professorinnen und Professoren angewiesen. Der Regierungsrat hat das neue Instrument zum Gebrauch ab dem 1. März 2004 frei gegeben.

Zur Verbesserung der Kommunikation hat die Universitätsleitung

eine neue Strategie beschlossen. Der Senat hat zudem einen Vorschlag für ein neues, einheitliches Erscheinungsbild der Universität gut geheissen.

Der Regierungsrat hat dem «Projekt 3012» zugestimmt, das die räumliche Entwicklung der Universität im Länggassquartier für die kommenden 20 Jahre festlegt. Ausserdem hat sich der Grosse Rat dafür ausgesprochen, das alte Frauenspital der Universität zur Nutzung zu überlassen. Damit kann sie kurz- und mittelfristige Engpässe beheben.

Die Universitäten Zürich und Bern haben einen Rahmenvertrag zur Koordination der Lehr- und Forschungstätigkeit ihrer veterinärmedizinischen Fakultäten abgeschlossen. Ziel ist die Zusammenführung der beiden Fakultäten zur «VETSUISSE-Fakultät». Seit Anfang 2003 unterstehen sie bereits einer gemeinsamen Leitung. Nahezu unterschriftsreif ist die Leistungsvereinbarung zwischen der Universität und dem Inselspital. Andererseits haben erste Gespräche mit der Universität Basel über eine Zusammenarbeit der Medizinischen Fakultäten und der Universitätsspitaler stattgefunden. Letztlich geht es darum, in der Lehre und Forschung international wettbewerbsfähig zu bleiben und die von den Universitätsspitalern geforderten Leistungen weiterhin auf hohem Niveau zu erbringen.

Im vergangenen Jahr hat der Regierungsrat auf Antrag des Senats die Universitätsleitung neu bestellt. Prof. Dr. U. Würzler wird sein Amt als Rektor am 1. September 2005 antreten. Auf den 1. September 2003 übernimmt Prof. Dr. G. Stephan eines der beiden Vizerektorate. Dr. D. Odermatt ist zum Nachfolger des Verwaltungsdirektors, E. Köchli, gewählt worden, der Ende Februar 2004 zurücktritt.

1.2 Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten

1.2.1 Christkatholische und Evangelische Theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Im Departement für Christkatholische Theologie wurde ein fester Lehrauftrag für Liturgiewissenschaft erteilt. Eine neue Prüfungsverordnung für den Dienst in der christkatholischen Landeskirche des Kantons Bern ist in Kraft getreten. Dank der Umwidmung eines Fonds kann der akademische Nachwuchs gezielt gefördert werden. Im Departement für Evangelische Theologie wurde ein Lehrstuhl für Neues Testament besetzt. Der Inhaber des zweiten Lehrstuhls wurde emeritiert.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Eine Kommission prüft Vorschläge für die Umsetzung der Bologna-Deklaration. Das Institut für Praktische Theologie beteiligt sich am Nationalen Forschungsprogramm «Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel» (NFP 52). Die Fakultät unterstützt die Durchführung des Nachdiplomstudiengangs «Kirche im Straf- und Massnahmenvollzug», den seit 1993 insgesamt 43 Personen absolvierten.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Arbeits- und Betreuungsbedingungen sind sehr gut. Viele Studierende kommen aus Osteuropa.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Fakultät plant mit der Philosophisch-historischen Fakultät zusammen eine «Forschungs-

*Gemäss Artikel 106 Absatz 2 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (2003), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1. September 2002 bis 31. August 2003).

stelle für Judaistik» und mit den Instituten für Religions- und für Islamwissenschaft einen Studiengang «Religionen». Das Institut für Bibelwissenschaft unterzeichnete eine BENEFRI-Fachkonvention im Fach Neues Testament mit dem Freiburger Departement für Biblische Studien. Mit der Orthodoxen Theologischen Fakultät der Universität Sofia (Bulgarien) wurde eine Vereinbarung zur Förderung der Bibliotheca Biblica und des Collegium Biblicum Bulgaricum abgeschlossen. Die Fakultät organisierte zwei Tagungen mit internationaler Beteiligung.

Nachwuchsförderung: Eine Promovendin und zwei Promovenden haben die Doktorwürde erlangt. Zur Erlangung der Venia docendi sind zwei Verfahren offen. Die Fakultät nimmt mit Erfolg am Bundesnachwuchsförderungsprogramm teil.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Der Anteil der Doktorandinnen beträgt rund 40%. Seit 1997 hat sich die Zahl der Assistentinnen verdoppelt und der Prozentsatz von Professorinnen konnte von 9,1% auf 23,1% gesteigert werden.

Qualitätssicherung: Sie erfolgt durch die Tätigkeitsberichte der Departemente und Institute und die Evaluationen der Lehrveranstaltungen. Eine Arbeitsgruppe prüft die Ergebnisse und macht Verbesserungsvorschläge. Die Fakultät führte im Rahmen des mehrjährigen Projekts «Kompetenzorientiert Lehren und Lernen» wieder einen Studientag durch.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultäten von Bern und Fribourg prüfen die Schaffung einer Fakultätenkonvention. Der öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen der Reformierten Kirche Bern-Jura-Solothurn, der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion des Kantons Bern und der Fakultät trat am 1. Januar 2003 in Kraft.

1.2.2 Rechtswissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Die geänderte Fakultätsstruktur und das Delegieren von Geschäften an die Departementsvorsteher haben die Fakultätssitzungen entlastet; die Geschäftsführung gestaltet sich effizienter. Die Nachfolgeverfahren für die emeritierten Ordinarien für Privatrecht und Rechtsgeschichte sind abgeschlossen worden. Der halbe Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht konnte besetzt werden.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Fakultät wird als erste in der Schweiz vom Wintersemester 2003/2004 an Bachelor- und Masterabschlüsse ausstellen. Für den Master besteht ein reiches Angebot an Wahlfächern.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Erstsemestertrigen im Hauptfach hat erneut leicht zugenommen. Auf einen Ordinarius entfallen 70 Studierende. Die Fakultät erwartet in Zukunft eher noch mehr Studierende. Sie geht davon aus, dass die meisten Studierenden den Masterabschluss anstreben werden.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die interfakultäre Zusammenarbeit ist am lebendigsten mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät. Der Kontakt mit den anderen schweizerischen Rechtsfakultäten wird regelmässig gepflegt. Eine engere Zusammenarbeit wird angestrebt. Mit der Universität Lodz in Polen hat die Fakultät einen ERASMUS-Partnerschaftsvertrag abgeschlossen. Die Austauschverträge mit der Universität Cardiff (England) und der Chicago Law School (USA) werden nicht verlängert.

Nachwuchsförderung: Die Stellung des Mittelbaus soll verbessert werden. Neu gehören dem Lehrkörper vier Assistenzprofessoren an. Diese werden in der Lehre eingesetzt und helfen mit, die Prüfungsbelastung zu tragen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Seit einigen Jahren liegt die Zahl der Absolventinnen bei 50%, bei den Doktorandinnen durchschnittlich aber nur bei 20%. Unter den zehn seit 1998 registrierten Habilitationen war lediglich eine Frau. Dem Umstand, dass junge Frauen in der Entscheidungsphase zur akademischen Karriere durch Familie bzw. Familienpläne doppelt belastet sind, trägt die Fakultät mit der Möglichkeit der Sammelhabilitation Rechnung.

Qualitätssicherung: Die Fakultät ist einer Evaluation unterzogen worden. Die Ergebnisse werden als Grundlage für die Zuweisung allfälliger zusätzlicher Mittel des Bundes dienen. Die einzelnen Lehrveranstaltungen wurden von den Studierenden evaluiert.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät plant die Erweiterung des Lehrkörpers mit dem Ziel, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern. Mit ihrem neuen Ausbildungsgang, insbesondere mit dem Masterstudium, nimmt die Fakultät unter den schweizerischen Rechtsfakultäten eine führende Stellung ein. Sie möchte ihr Angebot entsprechend pflegen. Daneben strebt die Fakultät nach den Umstrukturierungen der letzten Jahre eine Phase der Konsolidierung an.

1.2.3 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: In den drei Departementen gibt es 22 Lehrstühle und neu sieben Assistenzprofessuren. Es erfolgten zwei Neuberufungen: die Parallelbesetzung des Lehrstuhls für Unternehmensrechnung und Controlling und die Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Wirtschaftsinformatik. Zwei Professoren wurden emeritiert, Nachfolgeverfahren sind im Gange.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In der Betriebswirtschaftslehre ist das Reglement für den Bachelor- und Masterabschluss seit 2001 in Kraft. In den anderen Fächern wird die Umsetzung der Bologna-Deklaration vorbereitet. Über die zahlreichen Forschungsprojekte unterrichten die Webseiten der Institute.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Hauptfachstudierenden hat um rund 12% zugenommen. Die hohen Wachstumsraten bei nahezu gleichen Ressourcen gefährden die Qualität von Lehre und Forschung. Auf einen Lehrstuhl kommen – die Nebenfachstudierenden nicht eingerechnet – beinahe 100 Studierende. Die Belastung lässt sich nur unzureichend durch zeitlich befristetes Zusatzpersonal auffangen, weil ein entsprechender Markt nicht in allen Fächern zur Verfügung steht.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Zur Rechtswissenschaftlichen Fakultät bestehen weiterhin enge Kooperationsbeziehungen. Das Nebenfach Medienwissenschaft wird zu gut 50% von Studierenden der Philosophisch-historischen Fakultät belegt. Mit allen Schweizer Universitäten sind Mobilitätsabkommen auf Fächerebene in Kraft. In allen Fächern gibt es ERASMUS-Abkommen. *Nachwuchsförderung:* Die Nachwuchsförderung ist schwierig. Drei Habilitanden erwarben die Venia docendi. Zwei Habilitationsverfahren sind eröffnet worden.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Mit einer ordentlichen Professorin und einer Assistenzprofessorin ist die Situation unverändert. Erste Erfolge im Bestreben, den Frauenanteil zu erhöhen, wurden bei den Assistenzen erzielt.

Qualitätssicherung: Die Evaluation erfolgte bislang durch fakultätsinterne Verfahren, nun wurden die Betriebswirtschaftslehre und Medienwissenschaft einer externen Evaluation unterzogen.

Strategische Fakultätsplanung: Im Zentrum stehen die Umsetzung der Bologna-Deklaration sowie eine Erhöhung der Zahl ordentlicher Professuren. Die Planung ist darauf ausgerichtet, den Anteil an den gesamtuniversitären Ressourcen zu erhöhen.

Besondere Massnahmen: Die Umstellung der Prüfungsverwaltung auf eine neue Software und deren Einbindung in universitäre Strukturen erfordert besondere Anstrengungen und Ressourcen. Mit «ePUB» wird eine einheitliche Lösung auf Universitätsebene geschaffen.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Das M.E. Müller Institut für Biomechanik wurde umstrukturiert und umbenannt: im neuen Forschungszentrum gibt es zwei Institute. An Stelle des Instituts für Biomechanik ist das IIT

Forschungsinstitut für Zahn- und Skelettbio­logie geschaffen worden. An den Universitätspsychiatrischen Kliniken wurde eine Station für Forensische Psychiatrie eingerichtet.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Im Reformcurriculum für das dritte Studienjahr wurden Anpassungen vorgenommen. Ein Vertrag mit der Firma Berna hilft, den Mangel an Tierställen, vor allem für transgene Tiere, vorläufig zu lösen. Die Arbeit an den Leistungsaufträgen zwischen der Fakultät und ihren Institutionen sowie mit den Lehrspitä­lern hat Fortschritte gemacht. Die Implementierung des New Public Management an den Dienstleistungsinstituten ist zum Teil abgeschlossen.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Eine hohe Unterrichtsqualität ist gewährleistet, erfordert aber von den Dozierenden viel Einsatz. Ein inter­fakultärer Studiengang «Biomedizin» der Philosophisch-naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät wird vorbereitet, ebenso ein Ausbildungsgang in Biomedizinischen Wissenschaften auf postgradui­erter Stufe (als Nachfolger des PIAF-Programmes).

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: National, international und innerhalb der Universität bestehen Vernetzungen in vielen Forschungsgebieten.

Nachwuchsförderung: Die Leistungsaufträge sehen Ressourcen für Nachwuchspersonen vor. Sie können eingesetzt werden, wenn die Leistungsvereinbarung zwischen Universität und Inselspital unterzeichnet ist.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Es sind je eine Ordinaria für Kieferorthopädie und für Anästhesiologie sowie eine ausserordentliche Professorin für Humangenetik ernannt worden. Die Fakultät hat eine Kommission für Gleichstellungsfragen eingesetzt.

Qualitätssicherung: Die Evaluationskriterien für Lehre und für Forschung werden den neuen universitären Vorschriften angepasst.

Strategische Fakultätsplanung: Das «Projekt 3012» betrifft Standorte der Medizinischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten. Die Schaffung eines «Life Sciences»-Zentrums ist dabei von grosser Bedeutung. Im Zusammenhang mit der Emeritierung von drei Professoren hat die Universitätsleitung eine Überprüfung der Vorklinik eingeleitet. Mit der Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung wird die Ausrichtung einer Pauschalsumme ans Inselspital für Lehre und Forschung verschwinden. Die Fakultät erhält damit neue Steuerungsmöglichkeiten. In Zusammenarbeit mit der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät und den Schweizerischen Medizinischen Fakultäten versucht die Fakultät die Qualität von Lehre und Forschung trotz Verknappung der Ressourcen zu halten und zu verbessern.

1.2.5 Veterinärmedizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Das Institut für Veterinär-Pharmakologie wurde redimensioniert und ins provisorische Departement Präklinik eingegliedert. Engpässe in der Lehre werden innerhalb des VETSUISSE-Projekts aufgefangen. Trotz Redimensionierung der Einheiten sollen die Professuren in Tiergenetik, Tierernährung und Anatomie attraktiv bleiben. Frei werdende Stellenpunkte werden in einen Stellenpool für klinische Forschung eingespeist, aus dem Projekte unterstützt werden können. Die Professur in Buiatrik soll verstärkt auf Epidemiologie der Rinderkrankheiten, Herdenmedizin und Bestandesbetreuung ausgerichtet werden.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die Umsetzungsphase des VETSUISSE-Projekts hat begonnen. Die Verteilung der klinischen Schwerpunkte konnte geregelt werden. Aus finanziellen Gründen werden die Umstrukturierungen einige Zeit brauchen. Der Grundstein für den Erweiterungsbau der Kleintierklinik ist gelegt worden. Im Bereich Diagnostik und Management von Infektionskrankheiten wurde durch die Zusammenlegung der diagnostischen Labors des Bundesamts für Veterinärmedizin und des Instituts für Veterinär-Bakteriologie ein Zentrum von gesamtschweizerischer Bedeutung

geschaffen. Die Kooperation beginnt am 1. Januar 2004. Das Projekt wird gesamteuropäisch Auswirkungen auf die postgraduierte und professionelle Ausbildung haben, weil nirgends in Europa Expertise und Wissen in Mikrobiologie, Seuchenlehre und Epidemiologie so gehäuft vorhanden sind. Die Planung des VETSUISSE-Curriculums macht grosse Fortschritte. Ab dem Wintersemester 2003/2004 werden die neu eintretenden Studierenden in Bern und Zürich nach dem gleichen Curriculum unterrichtet. Das Kernstudium wird an beiden Orten angeboten. Einzelne Spezialitäten im Rahmen der Studienvertiefung können nur an jeweils einem Standort absolviert werden. Die klinische Forschung kann durch den Einsatz von Drittmitteln ausgebaut werden. Dank dem Forschungsstellenpool können grössere Projekte unterstützt werden, die zusätzliche Drittmittel einbringen. Im Departement für klinische Veterinärmedizin sind die neuen Abteilungen für klinische Immunologie und klinische Epidemiologie in Dienstleistung und Beratung und in der Grundlagenforschung tätig. Die Institute aus dem paraklinischen Bereich verfolgen die bisherigen Forschungsprojekte und Arbeiten weiter.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die wegen des doppelten Maturitätsjahrgangs hohen Studierendenzahlen machen die Parallelführung gewisser Praktika nötig. Bezüglich des Bologna-Modells ist sowohl der Bachelorabschluss als auch, wegen der praktischen Anforderungen an Tierärzte, das Studium mit Masterabschluss mit Problemen behaftet.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: In den Ausbildungen zu Fachtierärzten oder klinischen Spezialisten liegt der Frauenanteil deutlich über 50%, in der Ausbildung zum PhD und bei den Habilitationen liegt er bei etwa 50%. Bei der Nachwuchsförderung für Dozenturen sind die Ziele der Fakultät in die Zielvorgaben 2003 bis 2008/2009 zur Frauenförderung eingeflossen.

Qualitätssicherung: Sämtliche paraklinischen Institute haben ihre Laboratorien ISO-zertifizieren lassen. Bezüglich der Lehrevaluationen besteht wegen der Etablierung des neuen Curriculums ein Rückstand. Die Fakultät ist noch mit der Umsetzung der VSNU-Forschungsevaluation beschäftigt, deren Hauptrichtung konsequent verfolgt wird.

Strategische Fakultätsplanung: Die klinische Forschung wird gezielt gefördert. Bei gleichem Mitteleinsatz sollen Synergiegewinne realisiert werden.

1.2.6 Philosophisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen dem Fakultätskollegium, dem Fakultätsausschuss, den vier ständigen Kommissionen und dem Collegium decanale sind neu geregelt worden. Die Fakultät hat Strukturkommissionen gebildet für Kunstgeschichte, Alte Geschichte, Psychologie, Germanistik, Komparatistik und Philosophie. Es erfolgten Neuberufungen an die Institute für Anglistik und Klassische Philologie.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In Bern wurden Tagungen mit internationalem Charakter organisiert von der Abteilung für Mittelalterliche Geschichte, vom Institut für Sprachwissenschaft, vom Institut für Slavische Sprachen und Literaturen und von der Abteilung für Kunstgeschichte der Gegenwart.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Im Durchschnitt beträgt das Betreuungsverhältnis Hauptfachstudierende pro Professur 1:58. Mit den Mitteln für den doppelten Maturitätsjahrgang wurden zusätzliche Lehrveranstaltungen angeboten. Die strukturellen Mängel konnten allerdings nicht behoben werden.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Auf Initiative des Dekans wurde eine Konferenz der Dekane der Philosophischen, Philosophisch-historischen Fakultäten und der Facultés des lettres der Universitäten in der Schweiz gegründet. Die Konferenz hat zwei Mal getagt und Probleme der Umsetzung der Bologna-Deklaration und der Koordination besprochen.

Nachwuchsförderung: Acht Personen erwarben die Venia docendi in den Lehrgebieten Klassische Archäologie, Neuere deutsche Literatur, Philosophie, Islamwissenschaft, Geschichte, Kunstgeschichte und Pädagogik.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Vertreterinnen der Abteilung für Gleichstellung nahmen Einsitz in alle Ernennungskommissionen.

Qualitätssicherung: Es wurde eine Evaluation des Instituts für Psychologie durchgeführt. Eingehende Evaluationen von Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung erfolgen stets durch die Strukturkommissionen. Die Jahresberichte der Institute enthalten eine kurze Selbstevaluation.

Strategische Fakultätsplanung: Die Umsetzung der Bologna-Deklaration wird ein neu strukturiertes und höheres Lehrangebot erfordern und deshalb zu einem beträchtlichen Mehrbedarf an Mitteln für die Lehre führen. Für die Umsetzung der Bologna-Deklaration (Koordination, Entwicklung neuer Studiengänge, Beratung der Institute) wurde ein hauptamtlicher Koordinator eingestellt. Wichtige kontinuierliche Probleme der Fakultät sind: Die Beseitigung der strukturellen Mängel, die Verbesserung der Innovations- und Entwicklungsmöglichkeiten, die Sicherung der Qualität in Forschung und Lehre und die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse sowie die Verstärkung der Nachwuchsförderung.

1.2.7 **Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät**

Aktuelle Situation: Vier Ordinarien und zwei Extraordinarien haben ihre Stelle angetreten, drei Berufungsverfahren sind im Gang. Es wurden drei Titular- und zwei Honorarprofessuren verliehen. Ein Kollege hat eine Förderungsprofessur des Schweizerischen Nationalfonds erhalten und wurde in der Folge zum Assistenzprofessor ernannt. Zwei Habilitandinnen und vier Habilitanden erhielten die Venia Docendi.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Das Geografische Institut ist Leading House der Nationalen Forschungsschwerpunkte «Climate» und «North-South»; etliche Forschungsgruppen sind an anderen Nationalen Forschungsschwerpunkten beteiligt. Im Rahmen des Swiss Virtual Campus ist das Institut für Informatik und angewandte Mathematik Leading House zweier Projekte. Durch die Wahl neuer Ordinarien haben sich in einigen Fachbereichen die Forschungsschwerpunkte verschoben. In der Lehre standen die Arbeiten für die Umsetzung der Bologna-Deklaration im Vordergrund. Die Fakultät hat sich auf einen verbindlichen Rahmen für die Bachelorstudiengänge geeinigt.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Grosse und weiter steigende Studierendenzahlen belasten die Fächer Biologie, Geografie und Informatik.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Fast alle Forschungsgruppen sind national und international gut eingebunden; wichtig sind Euro-Projekte. National haben vor allem die CUSO, der Troisième Cycle und BENEFRI Bedeutung. Die Nachteile in der Zusammenarbeit mit den Westschweizer Universitäten, die durch den Ausstieg des Kantons aus dem CUSO-Vertrag entstanden sind, sollten durch einen von der Universitätsleitung abgeschlossenen Vertrag beseitigt werden können. Möglichkeiten der verstärkten BENEFRI-Zusammenarbeit werden eingehend geprüft.

Nachwuchsförderung: Die Fakultät hat sich stark für die Einführung von Assistenzprofessuren mit Tenure Track eingesetzt. Die administrative Belastung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wird minimiert. Für die Entwicklung eines eigenständigen Profils werden ihnen möglichst gute Bedingungen geboten.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Schnuppertage für Mittelschülerinnen wurden erneut erfolgreich durchgeführt. Fächer mit traditionell geringem Frauenanteil informierten über die jeweiligen Berufsbilder und versuchten, Schwellenängste abzubauen. Das Programm «Mentoring Geografie» soll Di-

plomandinnen der Institute in Bern und Freiburg in ihrer Laufbahnplanung unterstützen.

Qualitätssicherung: Lehrveranstaltungen aus allen Fachbereichen sind evaluiert worden. Die Arbeiten an einem fakultären Ausführungskonzept zur Selbstevaluation sind weitgehend abgeschlossen. Strategische Fakultätsplanung: Am Mathematischen Institut sollen die Geometrie aufrechterhalten und zur Verbreiterung des Angebots die Angewandte Analysis gefördert werden. Hochenergie- und Laserphysik werden als Schwerpunkte weitergeführt. Die Schaffung eines Lehrstuhls Bioinformatik und der Aufbau eines statistischen Zentrums müssen als fakultätsübergreifende Projekte angesehen werden. Die Fakultät konnte sich neben den Eidgenössischen Technischen Hochschulen und den anderen kantonalen Universitäten als attraktiver Platz für Forschung und Lehre behaupten. Neben einer soliden Grundausbildung wird in ausgewählten Gebieten internationale Spitzenforschung geboten.

1.2.8 **Konferenz der gesamtuniversitären Einheiten**

Aktuelle Situation: In der Konferenz sind die Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ), die Koordinationsstelle für Weiterbildung (KWB) und das Institut für Sport und Sportwissenschaft (ISSW) zusammengeschlossen. Alle drei Einheiten verfügen über Leistungsaufträge. Die KWB hat sich neu organisiert und ihren Personalbestand mit Drittmitteln leicht ausgebaut. Sie hat sich ein Leitbild gegeben und strategische Bereichsplanungen erarbeitet. Das ISSW hat sein Organisationsreglement nachgeführt.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Mit der Reform der Sportstudien und der Abkehr von der Monofachausbildung ist die Zahl der Studierenden in den letzten zwei Jahren stark gestiegen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Im Zentrum der Forschung am IKAÖ steht das Thema «Umweltverantwortliches Handeln für eine nachhaltige Entwicklung». Projekte werden durch Drittmittel finanziert. Die IKAÖ arbeitet mit Partnern aus Wissenschaft und Praxis zusammen. Die meisten Weiterbildungsprogramme der KWB werden interfakultär angeboten. Es gibt Projekte und Studiengänge im BENEFRI-Verbund und gemeinsam mit der Universität Lausanne und der EPFL. In der schweizerischen sportwissenschaftlichen Lehre und Forschung spezialisiert sich das ISSW als Kompetenzzentrum für sozialwissenschaftliche Sportforschung. Es pflegt auch internationale Beziehungen.

Nachwuchsförderung: Eine Oberassistentin am IKAÖ finanziert der Bund. Am ISSW ist der Bedarf an Assistenzen gestiegen. Diese werden konsequent auf die Option, an den Fakultäten zu promovieren, ausgerichtet.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Das ISSW verstärkt seine Anstrengungen zur Erhöhung des Dozentenanteils.

Qualitätssicherung: An allen drei Einheiten werden die Veranstaltungen seit langem systematisch evaluiert.

Strategische Planung: Die IKAÖ prüft im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bologna-Deklaration die Schaffung eines interdisziplinären Masters. Neben der Umsetzung der Bologna-Deklaration wird die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ein Schwerpunkt der KWB-Tätigkeiten. Das ISSW möchte durch Umlagerung von Personalmitteln eine zusätzliche Professur realisieren.

1.2.9 **Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen**

Aktuelle Situation: Das Sekundarlehramt (SLA) besteht als universitäre Institution bis Ende Studienjahr 2003/2004. Möglichst viele Studierende sollen bis dann ihr Studium erfolgreich abschliessen. Etliche Lehrkräfte sind wegen der Reduktion des Lehrangebots ausgeschieden.

Schwerpunkte der Tätigkeit: In der Abteilung für das Höhere Lehramt (AHL) konnten dank Zusatzfinanzierungen die Lehrveranstaltungen, Praktika und Beratungen studienplankonform durchgeführt werden. Das ECTS-System wurde eingeführt. Fünf Forschungs- und Entwicklungsprojekte wurden lanciert. Angehörige des SLA sind national und international in der Weiterbildung und in der Organisation von Fachkongressen tätig.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Studierendenzahlen bleiben weiterhin hoch. Trotz Auslaufen des SLA sind die Verhältnisse für die Studierenden gut.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: In der Lehre baut die AHL die Kooperation mit der AHL der Universität Freiburg aus. In der Forschung kooperiert sie mit den Universitäten Kiel und Zürich und dem Schweizer Institut für Berufspädagogik. Das SLA arbeitet mit der Philosophisch-historischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, mit dem Institut für Sport und Sportwissenschaft und mit der Berner Hochschule für Musik und Theater zusammen. Forschungs- und Entwicklungsprojekte führt es häufig mit Instituten im In- und Ausland durch.

Nachwuchsförderung: An der AHL wurden zwei Dissertationen, am SLA eine Dissertation und eine Habilitation abgeschlossen. Assistierende am SLA werden stark gefördert.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Bei den Studierenden der AHL hat der Frauenanteil 50 Prozent erreicht. 70 Prozent der Assistierenden, aber nur 20 Prozent der Dozierenden sind Frauen. Dank der Flexibilisierung der Arbeitszeit können Angehörige des SLA Familie bzw. Weiterbildung und Arbeit miteinander vereinbaren.

Qualitätssicherung: Alle Lehrveranstaltungen werden regelmässig evaluiert; die Ergebnisse werden zur Verbesserung der Veranstaltungen und der Ausbildung genutzt. Im SLA werden die Ergebnisse besprochen und den Studierenden mitgeteilt. Die Abteilungskonferenz der AHL widmet sich verschiedenen Themen der Qualitätssicherung.

1.3 **Spezialbereiche**

Planung: 11,5 Mio. Franken wurden für 245 Massnahmen im Zusammenhang mit dem doppelten Maturitätsjahrgang eingesetzt. Die universitätsinterne Mehrjahresplanung für die Jahre 2004 bis 2007 hat drei Eckpfeiler: die Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die Einführung des Bologna-Modells sowie den Einsatz neuer Lehrtechnologien. Die Universität Bern bemüht sich um Förderungsprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds. Mit sechs neuen Zusprachen verfügt sie gegenwärtig über 17 solche Professuren.

Finanzen: Zusätzliche Personal- und Sachmittel bei den Dienstleistungsbetrieben wegen mehr Aufträgen wurden durch einen erfolgsneutralen Nachkredit finanziert. Infolge des seit Jahren kaum veränderten Kreditvolumens erodieren die Sachmittel weiter, was sich vor allem auf die Literaturbeschaffung auswirkt. Die zusätzlichen Grundbeiträge des Bundes (Motion Plattner) konnten zur Finanzierung dringender Ausbauprojekte im Personalbereich und eines Sonderkredits zur Linderung der teilweise prekären Situation bezüglich Ersatz- und Neuanschaffungen eingesetzt werden. Die für Investitionskredite zur Verfügung stehende Summe blieb unverändert.

Personal: Im administrativen Bereich wurden das Formularwesen neu gestaltet und in der Abteilung Qualitätsstandards implementiert. Die Dokumente der Mitarbeitendengespräche wurden revidiert. Neben den Managementseminaren für neu eingetretene Ordinarien und weitere Vorgesetzte der Universität wurden Schulungen von Administrativpersonal und Personalverantwortlichen durchgeführt.

Evaluation: Für die Evaluation von Lehrveranstaltungen gibt es nun ein gesamtuniversitäres Evaluationskonzept, das den Fakultäten

und Konferenzen als Grundlage für ihre Richtlinien dient. Der Fokus vier externer Evaluationsverfahren lag auf der Sicherung einer qualitativ hoch stehenden und mit klarem Profil versehenen Lehre. Im elektronischen «Forschungsbericht» (www.research.unibe.ch) wurde der Eingabeteil vereinfacht. Ein Internetportal zur Suche von Forschungsprojekten steht neu zur Verfügung (<http://www.forschungsportal.ch>).

Bibliothekswesen: Die Bibliotheken konzipieren wegen der fortschreitenden Informatisierung und neuer Arbeitsinstrumente und -methoden ihre baulichen Bereiche neu. Die Nachfrage nach vernetzten Arbeitsplätzen und Gruppenarbeitsräumen ist stark gestiegen. Einige Fachbereichsbibliotheken richten sich entsprechend ein. Über eine Internetanbindung stehen die digitalisierten Bücherbestände des «Zentralkatalogs» nun neben anderen elektronischen Informationsquellen ebenfalls zur Verfügung.

Bau und Raum: Im «Projekt 3012» wird die langfristige räumliche Entwicklung der Universität und der pädagogischen Hochschule geplant. Vorgesehen ist die Konzentration auf vier Schwerpunkte im Länggassquartier und auf dem Inselareal. Der Regierungsrat unterstützt die Umsetzung dieses Konzepts und hat einen Projektierungskredit für die Planung der ersten Etappe gesprochen. Der Grosse Rat hat eingewilligt, das ehemalige Frauenspital der Universität zur Verfügung zu stellen. Damit kann der räumlichen Zersplitterung und der Nutzung vieler Mietobjekte in diesem Gebiet entgegengewirkt werden. Neu- und Umbauarbeiten sind in Liegenschaften der Veterinärmedizin und der Pflanzenwissenschaften im Gange. Im Hauptgebäude der Universität wurden der Eingangsbereich und die Treppenhäuser saniert. Zudem wurde die Umgebung neu gestaltet.

Nachwuchsförderung: Die Kommission betreute das Bundesprogramm zur Förderung des akademischen Nachwuchses. Es wurden insgesamt 22 Personen, davon 11 Frauen, unterstützt. Auf Grund von Stellenmutationen konnten im Verlaufe des Jahres fünf neue Stellen besetzt werden. Nach einer Änderung der Verordnung kann das Tenure Track System eingeführt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Projekte des Bundesprogramms Chancengleichheit 2000–2003 bildeten einen Arbeitsschwerpunkt der Abteilung. Sie gibt neu eine Informationsbroschüre heraus, organisierte neue regelmässige Diskussionsveranstaltungen und, zusammen mit anderen universitären Institutionen, Tagungen und Vortragsreihen. Die Abteilungsleiterin präsidierte die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten an Schweizer Universitäten und Hochschulen. Sie und ihre Mitarbeiterinnen betätigten sich im In- und Ausland verschiedentlich als Expertinnen.

Rekurskommission: Die Kommission hatte sich mit 19 Beschwerden (Vorjahr 86) zu befassen. Die hohe Zahl des Vorjahrs stand im Zusammenhang mit einem neuen Studienreglement und den damit verbundenen hohen Durchfallquoten bei den juristischen Lizenzprüfungen. Im Berichtsjahr richteten sich die Beschwerden vor allem gegen die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche sowie gegen die Rechtswissenschaftliche Fakultät. Sieben Verfahren erledigten sich während der Instruktionsphase. In sechs Fällen wurden die Eingaben zurückgezogen, in einem Fall konnte ein Vergleich abgeschlossen werden. Auf eine Beschwerde konnte die Kommission nicht eintreten, acht Beschwerden wies sie ab, drei hiess sie gut. Informationen zur Rekurskommission sowie publizierte Entscheide sind zu finden unter <http://www.rekom.unibe.ch>.

1.4 **Die vertretungsberechtigten Gruppierungen**1.4.1 **Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)**1.4.2 **Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)**

Die Aktivitäten der Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) mit ihren beiden Sektionen standen im Zeichen der Neupositionierung und Teilprofessionalisierung der MVUB mit dem Ziel der Einrichtung einer neuen Geschäftsstelle. Die Universitätsleitung hat die Finanzierung der Infrastruktur der Geschäftsstelle und ihres Leiters aus Mitteln der Universität für vorerst drei Jahre zugesichert. Im Februar 2003 konnte der Leiter der Geschäftsstelle seine Arbeit mit einem Beschäftigungsgrad von 30% aufnehmen. Im April wurde die Geschäftsstelle offiziell eingeweiht. Der neu gewählte Vorstand nahm an seiner ersten Sitzung die zweite Etappe der Reform in Angriff. Diese besteht in der Neupositionierung der MVUB und der Etablierung der Geschäftsstelle. In seinem ersten Amtsjahr will sich der Vorstand auf die Verwirklichung von fünf Zielen konzentrieren. Es sind dies zugleich die fünf zentralen Leitsätze des neuen Leitbilds. Mit der Neukoordination ihrer Kommissionsarbeit, dem Angebot einer MVUB-Lehrveranstaltung sowie der Erarbeitung der Berufsbilder «Dozentin/Dozent» und «Assistentin/Assistent» möchte die MVUB eine eigenständige und koordinierte Hochschulpolitik mit mittelbauspezifischer Schwerpunktsetzung samt Karriereförderungs- und Identitätsstiftungsmassnahmen verfolgen und sich damit als kompetente, engagierte Interessenvertreterin des Mittelbaus etablieren. Die Schaffung einer internen Informationsplattform mit MVUB-Homepage, MVUB-Flash und -Infolder sowie die Intensivierung der externen Kommunikation sollen der Verbesserung der Kommunikation mit den MVUB-Mitgliedern und den übrigen Mittelbauangehörigen der Universität sowie anderen Gremien dienen. Durch die konsequente Verfolgung einer integralen, mittelbaubezogenen Universitätspolitik sollen mehr Mitglieder aus den beiden Sektionen zu einer aktiven Mitarbeit mobilisiert und mehr Mittelbauangehörige zu einer MVUB-Mitgliedschaft motiviert werden.

1.4.3 **Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)**

Die SUB hat sich mit verschiedenen bildungspolitischen Themen auseinander gesetzt. Zum Informationsaustausch über die Umsetzung der Bologna-Deklaration hat sie «Bologna-Mittagstische» eingerichtet. Sie hat sich am Vernehmlassungsverfahren der SUK zu den Bologna-Richtlinien beteiligt und war an der dritten gesamtschweizerischen Bologna-Tagung stark engagiert. Die SUB hat einen wichtigen Beitrag zur Meinungsbildung und Information in diesem Geschäft geleistet. Zum neuen Stipendengesetz hat sie eine ausführliche Vernehmlassungsantwort verfasst. Sie hat sich bemüht, die negativen Auswirkungen der Sparmassnahmen für die Studierenden und die Universität zu mindern. Sie hat in diesem Zusammenhang am 1. November 2002 zu einem Streik aufgerufen und sich aktiv an der Demonstration an diesem Tag beteiligt. Die SUB hat ihre Dienstleistungen weiter ausgebaut und diverse kulturelle Angebote in ihren Dienstleistungskatalog aufgenommen. Wie jedes Jahr hat sie das Unifest, den Tag des Studienbeginns und in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung den Besuchstag sowie weitere Veranstaltungen für die Studierenden organisiert und durchgeführt. Sie unterstützte studentische Gruppierungen und koordinierte die Arbeit der Fachschaften. Die SUB setzt sich in allen Gremien für die Gleichstellung ein. Das Vorstandsressort «Frauen» untersucht die aktuelle Situation an der Universität, bietet Veranstaltungen zur Frauenförderung an und koordiniert die Arbeit mit ausseruniversitären Stellen und Gruppierungen. Zusammen mit anderen hat die SUB im Vorjahr einen Mentoringkurs angeboten, welcher nun evaluiert wurde. Die Resultate werden in eine Broschüre fliessen. Die SUB hat im Rahmen ihres Jahresschwerpunkts «Erweiterung des Mitbestimmungsrechts» eine interne Evaluation ihrer Strukturen und ihrer Einbindung in das universitäre Umfeld vorgenommen.

Bern, 27. Januar 2004

Im Namen des Senats
Der Rektor: *Schäublin*